Nicht aber möchte ich die Besprechung beenden, ohne hervorzuheben, daß G. jedenfalls mit sehr anerkennenswertem Fleiße gearbeitet hat und daß ein großer Teil seiner Ergebnisse trotz allem für die Wirtschaftsgeschichte wertvoll ist.

München.

v. Schwerin.

Nachschrift. Auf meinen Wunsch hat der Herr Rezensent bei obiger Besprechung den Abschnitt des Gutmannschen Buches nicht mit in Betracht gezogen, der sich mit der Eigenkirche befaßt. Über diesen § 14 S. 165 ff. sei mir noch ein besonderes Wort gestattet.

Zunächst stelle ich mit Befriedigung fest, daß G. mit dem ihm eigenen Fleiß und Geschick aus Meichelbeck und dem sonstigen gedruckten Material ein abgerundetes Bild des bayrischen Eigenkirchenrechtes herausgearbeitet hat, und daß dieses mit dem von mir von der Eigenkirche gezeichneten in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt. Ich hatte eben, als ich s. Z. mit dem ersten Teil meiner „Geschichte des kirchlichen Benefizialwesens“ und mit meiner „Eigenkirche“ hervortrat, dieses selbe Material, wie die Fortsetzung meines Werkes lehren wird, auch schon im Auge, ja bereits bearbeitet. Sollte es mir gelingen, den einen oder andern Zug an dem Bilde noch wirksamer und schärfer zur Geltung zu bringen, so würde das lediglich daran liegen, daß mir zum Vergleich auch das ganze außerbayrische Quellenmaterial des europäischen Festlandes über die Eigenkirche zu Gebote steht, und daß ich als Jurist arbeite. Was aus dem bayrischen Material allein zu machen war — und ich habe bereits in der Deutschen Literatur-Zeitung vom 18. Januar 1902 Nr. 3 Sp. 173 gegen Meurer ausgeführt, wie ungewöhnlich ergiebig gerade es für die Eigenkirche ist — hat G., der auch sonst in seinem Buche den Eigenkirchen bei jeder Gelegenheit seine volle Aufmerksamkeit widmet, nach Kräften gemacht, und die Realität der Eigenkirchen hat er für Bayern von neuem erwiesen.

Nun glaubt er aber, eben diese Eigenkirche mit Erfolg für die grundherrliche Theorie ausspielen zu können. „Spricht doch Stutz (selbst) von den Herren der Eigenkirchen stets als von Grundherren. — Freie Bayern seien die Eigentümer zahlreicher Kirchen. Die häufige Vereinigung grundherrlicher und geistlicher Rechte stelle eine besondere Eigenart der bayrischen Landschaft dar. Der Kampf . . . (um) die Eigenkirchen . . . spiele sich ab zwischen dem Bischof und dem Grundherrn“ (S. 166). Leider kann ich diese Berufung auf mich ganz und gar nicht gelten lassen. Ich habe in den obigen und ähnlichen Wendungen Grundherr eben nie im wirtschaftlichen, sondern stets nur im Rechtssinn verwendet, also nicht im Gegensatz zu: Bauer, sondern im Gegensatz zu: Eigentümer in rein zivilistischem Sinn. Ich wollte damit lediglich einen Eigentümer bezeichnen, der aus seinem Eigentum neben den schlechten Eigentumsbefugnissen im Sinne des bürgerlichen Rechtes auch noch öffentlich-rechtliche, in unserem Fall kirchliche

Leitungsbefugnisse herleitet. In diesem Sinn stellte ich z. B. fest, daß in Bayern noch häufiger als anderswo derjenige, der kraft seines Eigentums am Altargrunde Herr einer Kirche war, sie zugleich als Geistlicher versehen habe. G.s Bezugnahme auf mich beruht also auf einem Mißverständnis. Doch hören wir ihn weiter: „Eine Eigenkirche, welcher bei der Gründung nur eine einzige Hufe zugeteilt wurde, kann mithin nur aus einer Besitzmasse stammen, die, selbst mehrere Hufen stark, die Absplitterung einen mansus verträgt.“ „Das Vorhandensein einer Eigenkirche ist so ein Zeichen grundherrschaftlich fundierten Besitzes“ (S. 172). Diese und die übrigen dahingehenden Ausführungen G.s, der immer und immer wieder auf die Dotierung und anstaltsartige Stellung der Eigenkirche Bezug nehmen, wären stichhaltig, wenn Ausstattung und Unantastbarkeit zu den Begriffsmerkmalen der Eigenkirchen gehört hätten. Dem war aber nicht so. Ich habe (Benefizialwesen I S. 224) nachgewiesen, daß erst Karl der Große und die Frankfurter Synode von 794 der ursprünglichen und bis dahin ungeschmälernten Befugnis des Herrn, jeden Augenblick nach freiem Belieben über das Sein oder Nichtsein der Kirche und ihrer etwaigen Ausstattung zu verfügen, ein Ende machten, indem sie das altkirchliche Veräußerungsverbot auf die Eigenkirchen übertrugen und die Rückgängigmachung einer einmal zugunsten der Kirche bewerkstelligten Pertinenzierung untersagten, und ich habe weiter (ebenda S. 254 mit 225 ff.) dargetan, daß, ausgenommen für Sachsen (capit. de part. Saxonie c. 1, von 775—790), bis auf die Zeiten Ludwigs des Frommen herab, dessen Aachener Kirchenkapitular von 818/19 c. 10 wenigstens mittelbar die Mansusdotation heischte, eine bestimmte Ausstattungsvorschrift nicht bestand. Daß es noch im späten Mittelalter undotierte Kirchen gab, daß noch damals manche Herren auch über die Substanz des ihren Kirchen von ihnen oder von Dritten zugewiesenen Vermögens nach freier Willkür verfügten, beweist, wie schwer die erst nachträglich durch das karolingische Kirchenrecht dem Eigenkirchenherrn auferlegte Beschränkung sich durchsetzte, wie sehr dieser nach der eigentlichen und ursprünglichen Natur des Eigenkirchenrechtes unmittelbarer und unbeschränkter Herr und Nutzer des Eigenkirchenvermögens war.

Also, es soll durchaus nicht geleugnet werden, daß, namentlich in hoch- und spätkarolingischer Zeit, auch in Bayern vielleicht die meisten Eigenkirchen und jedenfalls gerade die größeren nicht von Bauern, sondern von Grundherren im wirtschaftlichen Sinn gestiftet wurden, ja, daß die eine oder andere von ihnen selbst als Grundherrin erschien. Denkt doch auch niemand daran, zu bestreiten, daß es zur selben Zeit schon eine Grundherrschaft, eine kleinere und daneben eine bereits weit fortgeschrittene große gab. Das Entscheidende ist aber, daß all dies nicht von Anfang an so war, daß wir vielmehr noch heute erkennen können, daß und warum und wie es wurde. Insbesondere hatte die Eigenkirche als solche nichts Grundherrschaftliches an sich; sie erforderte ursprünglich und auf lange Zeit hinaus wirklich nur ein

paar Balken und Bretter.¹⁾ Erst im Zusammenhang mit der Entstehung der großen Grundherrschaft und erst durch die karolingische Gesetzgebung wurde sie eine grundherrschaftliche Unternehmung, die in der Regel grundherrschaftliche Mittel erforderte, aber dafür auch zu grundherrschaftlicher Ausbeutung sich eignete. An sich aber konnte die Eigenkirche in bauerlichen Verhältnissen gerade so gut bestehen wie in grundherrlichen, sie läßt sich als Kriterium der Grundherrschaft nicht verwenden und muß es sich verbitten, für die grundherrschaftliche Theorie in Anspruch genommen zu werden.

Ulrich Stutz.

Ph. Heck, K. v. Amira und mein Buch über den Sachsen-
spiegel. Mit einer Beilage: Sprachgefühl und Vorstellungs-
analyse in Anwendung auf die Leihestelle Landrechts (Ssp.
III 52 § 2, 3). Halle 1907. 112 S.*)

Nachdem K. v. Amira in Bd. XXVII S. 379ff. das Hecksche Buch „Der Sachsenpiegel und die Stände der Freien“¹⁾ einer, wie Schröder²⁾ sagt, „vernichtenden“ Kritik unterzogen hatte, veröffentlichte nun Heck in dieser Schrift eine Antikritik.³⁾ Es kann nicht Zweck der folgenden Besprechung sein, ein Obergutachten über Kritik und Antikritik in sachlicher Beziehung abzugeben. Die Entscheidung, ob H. oder sein Kritiker sachlich Recht hat, kann der weiteren Forschung überlassen werden. Hier ist dagegen zu untersuchen, ob es der Antikritik gelungen ist, die Argumente der Kritik zu entkräften, ferner zu untersuchen, welche wissenschaftlichen Qualitäten die Antikritik als solche aufweist. Wenn ich hierzu nicht Satz für Satz der vorliegenden Schrift prüfe, sondern Stichproben mache, so folge ich nur der von H. gegenüber A. angewandten Methode.

H. hatte in seinem Buche ausgeführt, daß in der von ihm so genannten „Leihestelle“ (Ssp. III 52 §§ 2, 3) zwei Grafschaften zu

¹⁾ Eigenkirche S. 14 und Benefizialwesen I S. 90 habe ich nicht, wie die Wiedergabe bei G. S. 166 nahelegt, „die Vermögensfülle“, die ich übrigens ausdrücklich auf die Habe, insbesondere auf die unfreie Dienerschaft beschränkt sein ließ, als Voraussetzung der Eigenkirchengründung hingestellt, sondern höchstens als Anstoß dazu, indem ich ausführte, daß wer eine größere Familie und mehr abhängige Leute besaß, am ehesten in den Fall kam, den Hauskult in ein besonderes Gebäude zu verlegen.

²⁾ Es war eigentlich im Einverständnis mit Herrn v. Amira (siehe oben S. 435) unsere Absicht, diese Antikritik nicht zur Besprechung zu bringen. Da uns aber nunmehr von dritter, unbeteiligter Seite aus freien Stücken eine Anzeige angeboten wird, zu der weder Herr v. Amira noch die Redaktion den Auftrag gegeben und die weder er noch wir auch nur im geringsten beeinflußt haben, sehen wir keinen Grund, sie unseren Lesern vorzuenthalten. Für die Red. U. Stutz.

³⁾ Im folgenden mit S. bezeichnet. — ²⁾ Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. 5. A. S. 444. — ³⁾ Im folgenden mit A. bezeichnet.